

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Dr. Guido Westerwelle, Harald Leibrecht, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Jürgen Türk, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für eine Intensivierung der Kontakte mit kubanischen Dissidenten und Oppositionellen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben im Juni 2003 auf massive Menschenrechtsverletzungen in Kuba reagiert und beschlossen, hochrangige Regierungskontakte mit Kuba einzuschränken und ausdrücklich auch kubanische Dissidenten anlässlich von Nationalfeiertagen zu Botschaftsempfängen in Havanna einzuladen. Das kubanische Regime hat auf diese neue europäische Kuba-Politik und vor allem auf die Einladung von Dissidenten zu Botschaftsempfängen scharf reagiert, Kontakte zu Botschaften der EU-Mitgliedsländer eingestellt und die weitere Entwicklungszusammenarbeit verweigert und sich damit auf einen verhängnisvollen Weg der Selbstisolation begeben.

Die Menschenrechtssituation in Kuba hat sich seitdem nicht entscheidend verbessert. Die jüngste Freilassung von 14 kranken und älteren politischen Häftlingen aus kubanischen Gefängnissen ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, sie greift aber bei weitem zu kurz. Die weiterhin zahlreichen politischen Häftlinge und die Dissidenten in Kuba brauchen und verdienen auch in Zukunft jede Unterstützung bei ihrem mutigen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die Europäische Union aktiv nach Wegen suchen will, mit dem kubanischen Regime wieder ins Gespräch zu kommen, weil sich nur auf dem Wege des Dialogs langfristig auch eine Verbesserung der Menschenrechtslage in Kuba erreichen lassen wird. Der Deutsche Bundestag würde es unterstützen, wenn auf dem Allgemeinen Rat am 31. Januar 2005 beschlossen wird, die politischen Kontakte auch auf Regierungsebene wieder zu intensivieren und gemeinsam mit dem kubanischen Regime nach Ansatzpunkten für eine Verbesserung der Kooperation zu suchen. Die Signale aus Kuba für eine Beendigung der Selbstisolation müssen aktiv aufgegriffen werden. Eine Wiederbelebung der Regierungskontakte zu Kuba darf allerdings nicht zu Lasten der Unterstützung für die demokratischen Dissidenten in Kuba gehen.

Der Deutsche Bundestag ist deshalb der Auffassung, dass an dem im Juni 2003 beschlossenen Grundsatz, Dissidenten zu Nationalfeiertagen in die Botschaften einzuladen, festgehalten werden muss. Eine Rücknahme dieser Einladungspolitik wäre zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches Signal, das vom kubanischen Regime als Freibrief für die eigene Menschenrechtspolitik missverstanden werden und die Dissidenten in ihrer Arbeit schwächen würde.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich beim Allgemeinen Rat am 31. Januar 2005 für eine Beibehaltung der EU-Politik auszusprechen, wonach auch kubanische Dissidenten zu Empfängen anlässlich von Nationalfeiertagen in Botschaften der EU-Mitgliedsländer eingeladen werden;
2. einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der EU, die auch mit einer Intensivierung von Regierungskontakten einhergeht, nur dann zuzustimmen, wenn diese mit einer Intensivierung der Unterstützung der kubanischen Demokratiebewegung verknüpft wird;
3. auf bilateraler Ebene und im Rahmen der europäischen Kuba-Politik weiter beim kubanischen Regime auf eine Verbesserung der Menschenrechtslage und die Freilassung der politischen Häftlinge zu drängen.

Berlin, den 26. Januar 2005

Dr. Werner Hoyer
Dr. Guido Westerwelle
Harald Leibrecht
Daniel Bahr (Münster)
Ernst Burgbacher
Jörg van Essen
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Dr. Karlheinz Guttmacher
Klaus Haupt
Ulrich Heinrich
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Markus Löning
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Jürgen Türk
Dr. Volker Wissing
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion